

Wahlprüfstein DIE LINKE

Gender Mainstreaming Experts International

Gleichstellungspolitik

In Ihrer Funktion als Gleichstellungspolitikerin erhalten Sie heute unseren Aufruf "Deutschland im Gleichstellungsverzug - heraus aus der geschlechterpolitischen Starre". Er richtet sich an alle Parteien, die im September zur Bundestagswahl antreten.

Wir bitten Sie, die hierin enthaltenen Forderungen und Vorschläge im Rahmen Ihres Bundestagswahlkampfes zu berücksichtigen und in die gleichstellungspolitischen Schwerpunkte Ihrer Partei einzubringen. Der Brief wurde von den Gender Mainstreaming Experts International verfasst und wird von weiteren Gleichstellungsakteur/innen unterstützt. Wir freuen uns auf Ihre Reaktion.

DIE LINKE teilt die Kritik, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren keine Anstrengungen unternommen hat, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. In vielen Bereichen hat sich die Lebenssituation von Frauen sogar verschlechtert. So verschärfen beispielsweise die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV finanzielle Abhängigkeiten in Partnerschaften und untergraben das Recht von Frauen auf eigenständige Existenzsicherung.

Diese negativen Effekte der Agenda 2010 stehen im direkten Widerspruch zu der Verpflichtung durch das Grundgesetz, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Die Regierungen Schröder und Merkel hatten sich gleichermaßen verpflichtet, Gender Mainstreaming umzusetzen und damit alle politischen Vorhaben konsequent auf ihre Gleichstellungswirkung zu überprüfen. Dazu bestand aber weder bei der Einführung, noch bei der Überarbeitung der Gesetze politischer Wille.

Durch ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung ihre abweisende Haltung zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting erneut bestätigt (16/12834). DIE LINKE hatte nachgefragt, ob und wann die Bundesregierung den Forderungen der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. CEDAW-Bericht nachkommen wird.

In dieser Antwort wird beispielsweise darauf verwiesen, dass „die Bundesregierung gegenwärtig nicht an der Einführung von Gender-Budgeting arbeitet“. Fragen zu Arbeitsstrukturen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming werden pauschal mit dem Hinweis abgetan, dass das „Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns kontinuierlich angebunden“ sei.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese Entwicklung sofort zu stoppen und umzukehren. Wir brauchen eine zielorientierte Gleichstellungspolitik, die sich im Sinne des Gender Mainstreaming quer durch alle Politikbereiche zieht. Zudem muss Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld gesichert und eine aktive Antidiskriminierungspolitik ermöglicht.

Dafür sind die entsprechenden Strukturen und Ressourcen bereitzustellen.
DIE LINKE fordert:

- die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Dazu zählt, die Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen systematisch zu berücksichtigen, alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu überprüfen und Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld zu sichern;
- das Bundesgleichstellungsgesetz und das Bundesgremiengesetz konsequent umzusetzen und zu verbessern;
- eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik zu verfolgen. In einem ersten Schritt sollen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ein echtes Verbandsklagerecht verankert und eine unabhängige Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ermöglicht werden, indem diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgekoppelt und mit verbindlichen Rechten ausgestattet wird.